

(positive Neutralität!). Auf der anderen Seite ist die religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung gefordert. So müssen die Religionen ihren Anhängern ermöglichen, trotz und in ihrer partikularen religiösen Identität Mitbürgern mit anderen Überzeugungen gleichberechtigt zu begegnen. Dies schließt eine partielle Suspendierung der religiösen Wahrheitsfrage im Hinblick auf das Zusammenleben in der religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft notwendig ein. Für die Kirchen besteht keinerlei Grund, sich diesbezüglich in überlegener Stellung zu wähnen. Dies aus der Mitte der eigenen Tradition zu reflektieren, ist jedoch auch Muslimen zuzumuten. Eine wachsende Zahl von Musliminnen und Muslimen übt in diesem Sinne Kritik an herrschenden Islamauslegungen (vgl. Namen wie Mouhanad Khorchide, Abdel-Hakim Ourghi, Ahmad Mansour oder Seyran Ateş, Amina Wadud und Irshad Manji).

Stellungnahme

Integration, wie immer sie verstanden wird, ist keine „Einbahnstraße“. Kultur ist immer auch ein offenes Projekt, kein autoritativ zu bestimmender Zustand. Deshalb betreffen die Herausforderungen nicht nur „die anderen“, sondern alle. Das gemeinsame gesellschaftliche „Wir“ mitzugestalten und mitzuprägen, ist Aufgabe auch christlicher Verantwortung.

Dass die deutsche Bevölkerung charakteristischerweise oder auch nur mehrheitlich muslimfeindlich sei, lässt sich nicht belegen. Allerdings ist sie zunehmend dem Islam gegenüber kritisch eingestellt und hat dabei einen breiter gewordenen ideologisch rechten und muslimfeindlichen Rand mit deutlichen Verbindungen in den Rechtsextremismus ausgebildet. Die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an islamisch begründeten Positionen und zu ächtender Hetze gegen Personen(gruppen) ist somit fortwährend geboten. Angemessene Kritik ist weder „aufklärungsfundamentalistisch“, noch zielt sie auf eine Zwangsmodernisierung von Muslimen. Sie tritt für die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne ein. Doch setzt der kritische Diskurs die Wandlungsfähigkeit der Diskursteilnehmer voraus. Diese nun Muslimen pauschal abzusprechen, wäre – abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen – angesichts der Geschichte des Islam törricht und im Blick auf die gesellschaftliche Situation gefährlich. Gerade die reformerischen, neue Ansätze wagenen Kräfte brauchen, auch wenn sie zahlenmäßig noch sehr überschaubar und marginalisiert sind, Anwälte in der Gesellschaft, die nicht durch Pauschalisierungen die orthodoxen und radikalen Kräfte stärken, sondern zu reflektiven Haltungen und zu Veränderungsprozessen in der offenen Gesellschaft ermutigen. Im weitesten Sinne liberale Einstellungen und Äußerungen dürfen nicht pauschal mit dem Tot-

schlagargument der Unaufrichtigkeit (*taqiyya*) oder als „unislamisch“ diskreditiert werden, will man nicht den Radikalen in die Hände spielen und jeden Dialog im Keim ersticken.

Allerdings kann kein Zweifel über die Kräfteverhältnisse der islamischen Diskurse bestehen: Das orthodox-fundamentale Koranverständnis aller dominanten Islamrichtungen kennt keinen (im wissenschaftlichen Sinne) historischen, geschweige denn historisch-kritischen Zugang zu den Grundtexten des Islam und steht daher der sachlich notwendigen Relativierung bestimmter zeitgebundener Koranaussagen entgegen. Es wird sehr viel darauf ankommen, dass die Muslime zwischen überlieferter Geschichte und verpflichtender Wahrheit unterscheiden und so die Voraussetzung für die eigenständige, religiös begründete Aneignung der Grundlagen unserer Gesellschaft schaffen. Entsprechende Entwürfe berufen sich durchaus auf Ansätze in der islamischen Geistesgeschichte. Alle darauf gerichteten Anstrengungen gilt es zu unterstützen. Ziel ist ein gesellschaftlich solidarisches Wir aus „überzeugter Toleranz“ (W. Huber), die den kritischen Umgang mit Tendenzen der Aushöhlung oder/und Infragestellung der freiheitlich-säkularen Gesellschaftsordnung nicht aus-, sondern einschließt.

Literatur

- Hamed Abdel-Samad / Mouhanad Khorchide und Stefan Orth (Hg.), „Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren“ – Ein Streitgespräch, Freiburg i. Br. 2016
- Hartmut Krauss (Hg.), Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden, Osnabrück 2010
- Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4./5.12.2012 in Berlin, hg. vom Bundesministerium des Innern im Auftrag der DIK, Berlin 2013
- Christian Röther, Wenn die Wahrheit Kopf steht. Die Islamfeindlichkeit von AfD, Pegida & Co., Gütersloh 2017
- Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2010

Dr. Friedmann Eißler, im Mai 2017

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen
(EZW) · Auguststraße 80 · 10117 Berlin
Tel. (030) 2 83 95-211 · Fax (030) 2 83 95-212
E-Mail: info@ezw-berlin.de
Internet: www.ezw-berlin.de

EZW-Spendenkonto:
Evangelische Bank eG
IBAN DE37 5206 0410 0106 4028 10
BIC GENODEF1EK1

Islamkritik und Islamfeindlichkeit

KOMPAKT-INFOS



Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

Islamkritik und Islamfeindlichkeit

Negative bis feindselige Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen haben zugenommen, ebenso zeichnet sich eine zunehmend breite Billigung solcher Haltungen in der Öffentlichkeit ab. Fast 25 Jahre nach den Brandanschlägen in Mölln und Solingen mit acht Todesopfern hat sich die Lage in vieler Hinsicht nicht entspannt, sondern vielmehr verschärft. AfD und PEGIDA sowie die Radikalisierung junger Menschen in bestimmten Milieus (Salafismus / „Islamischer Staat“) machen die hochgradige Polarisierung der Islamdebatten in Deutschland und Europa sichtbar.

Wo verläuft die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Herabwürdigung, zwischen notwendiger Kritik und Hetze? Wie kann demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ideologien begegnet werden, ohne dass das gesellschaftliche Miteinander aus dem Blick gerät? Welche Verantwortung tragen Christinnen und Christen in der Auseinandersetzung mit Muslimen?

Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Islamophobie

Die Bezeichnung *Islamophobie* hat sich etabliert, ist aber als gezielter Kampfbegriff aufzufassen, der Ängste und daraus resultierende Ablehnung geradezu pathologisiert und pauschal als unbegründet hinstellt. Auch der Ausdruck *Islamfeindlichkeit* ist gängig und kommt immerhin ohne die psychologisierende Komponente aus. *Muslim-* oder auch *Muslimenfeindlichkeit* (vgl. Fremdenfeindlichkeit) stellt von vornherein klar, dass es um eine feindselige Haltung gegenüber (einer bestimmten Gruppe von) konkreten Menschen geht.

Die stereotype Ablehnung von Muslimen und allem „Islamischen“, die mit diesen Begriffen umschrieben wird, ist dem Rassismus verwandt, jedoch nicht mit ihm identisch. Sie kann von unterschwelligem Vorbehalt über massive Ressentiments bis hin zu direkter Ausgrenzung und zu verbalen, auch tätlichen Angriffen reichen. Sie wird besonders massiv im Internet propagiert, äußert sich aber ebenso im alltäglichen Umfeld. Einige bestimmende Elemente von Muslimfeindlichkeit sind:

- ausgeprägte Ressentiments gegen eine Minderheit von Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden;
- die pauschale Stigmatisierung und Diffamierung von Menschen mit muslimischem (oder vermeintlich muslimischem – hier wäre der Übergang zu depersonalisierenden rassistischen Stereotypen zu sehen) Familienhintergrund;
- die Beschwörung populärer Vorurteile, die in beleidigender Form verbreitet werden (Feindbild);
- die Negativfixierung ganz unterschiedlicher Problemlagen auf „den“ Islam (Religionisierung unterschiedlich gelagerter Konflikte mit monokausalen Erklärungen);

- die essenzialisierende Betrachtungsweise, die „den“ Islam, v. a. in seinem totalitären und militanten Wesen, zu kennen beansprucht;
- die Weigerung, sachgemäß zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus zu unterscheiden (die generalisierende Rede vom „eigentlichen“ Islam, der als fanatische und gewalttätige Herrschaftsideologie wahrgenommen wird);
- eine soziale Abgrenzungskonstruktion des nichtmuslimischen „Wir“ und der muslimischen „Anderen“.

Die Komponenten stehen häufig in einer Wechselwirkung. Ihre Ausprägungen und Wirkungen können in Netzwerken und Aktionsbündnissen beobachtet werden, die teilweise bildungsbürgerlich-mittelständisch auftreten, vielfach aber einem Vulgärpopulismus huldigen, der ebenso abstoßend wie gefährlich ist.

Seit 2014 demonstrieren in Dresden – in deutlich kleinerem Ausmaß und teilweise von rechtsextremen Akteuren organisiert auch in anderen Städten (z. B. Leipzig, „Legida“) – *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)*, u. a. gegen eine Islamisierung und eine aus ihrer Sicht verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas. Die „politische Bewegung“ wurde vielfach als islamfeindlich charakterisiert. Die Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* ist eine beachtliche politische Kraft geworden (2017 in 13 Landesparlamenten) und geht seit etwa 2016 mit islamkritischen und islamfeindlichen Positionen auf Stimmenfang, ähnlich wie bei PEGIDA verbunden mit einer Anti-Establishment-Haltung. Sie hat islamfeindliche Akteure wie die Partei *Die Freiheit* überflüssig gemacht. Für die AfD gehört der Islam nicht zu Deutschland, neben Verbotsforderungen (Minarette etc.) treten Äußerungen, die an rassistisch konnotierte Diskurse anknüpfen. Die als Menschenrechtsorganisation auftretende *Bürgerbewegung PAX EUROPA* (8 Landesverbände) sieht im Islam als einem totalitären Gesellschaftssystem ebenfalls „eine große Gefahr“ und will darüber aufklären. Ins Spektrum rechtsextremer deutscher Kleinparteien gehören die *Pro-Parteien* („pro NRW“, „pro Deutschland“).

Eine herausragende Rolle bei der Verbreitung muslimfeindlicher Agitation spielt das Internet. Zentraler Bezugspunkt eines expandierenden muslimfeindlichen Netzwerks ist die 2004 gegründete einflussreiche Internetplattform *Politically Incorrect (PI)*, die professionell aufgestellt und international vernetzt ist und aus dem „bürgerlichen Mittelfeld“ gegen den Islam und die Muslime agitiert. Die PI-Ortsgruppe München (insgesamt über 50 Ortsgruppen) wird seit Frühjahr 2013 vom Verfassungsschutz Bayern beobachtet. Weitere Beispiele aus dem Internet sind *Michael Mannheimer Blog*, *Gates of Vienna*, oder *Deus Vult Caritatem*.

Islamkritik

Islamkritik ist in der Tradition religiöser und/oder antireligiöser Religionskritik eine legitime und begründete Kritik an islamisch fundierten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Konzepten und Handlungen. Sie zeigt historische und gesellschaftliche Hintergründe auf, verweist auf die Rezeptionsgeschichte und die aktuelle Wirkung von menschenrechtswidrigen Auslegungen religiöser Doktrinen und kritisiert deren Beibehaltung und Fortschreibung. (Entsprechend gab und gibt es Christentumskritik usw.) Islamkritik ist keine Pauschalkritik, sondern thematisiert sachbezogen und genau mit dem Anspruch auf Wahrnehmung des jeweiligen Selbstverständnisses u. a.

- die Infragestellung der Säkularität des Rechtsstaates als Grundlage und Bedingung für Pluralismus und Religionsfreiheit;
- den von unterschiedlichen islamischen Lagern formulierten politischen Geltungsanspruch „des Islam“ als grundlegendes Ordnungskonzept von Gesellschaft, Staat und Politik, der auf dem Wege des Dschihad – friedlich oder militant – durchzusetzen sei;
- die Strategien zur schiarierechtlichen Einflussnahme auf muslimische Akteure und Gemeinden;
- die Geschlechtertrennung bzw. die Diskriminierung von Frauen;
- die Legitimationsstrukturen, die Gewalt gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen rechtfertigen;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung des Religionswechsels;
- die strafrechtliche oder zivilgesellschaftliche Sanktionierung der Kritik an islamischen Lehren, Praktiken oder des Propheten Muhammad als „Blasphemie“.

Sie nimmt auch Stellung gegen die Instrumentalisierung des Islamophobiebegriffes, die Kritik abwehren will und mit der pauschalen Diffamierung notwendigen Widerspruchs als unbegründete Aggression gegen Muslime einhergeht, sowie freilich auch gegen die taktische Ausbeutung islamkritischer Positionierungen im Interesse populistischer und rechtsreaktionärer Einflussgewinnung.

Eine angemessene Kritik am Islam als Religion bzw. als System mit Aspekten einer totalitären Herrschaftsideologie distanziert sich und ist nicht zu verwechseln mit der aggressiven Stigmatisierung von Personen islamischen Glaubens. Grundsätzlich leitend ist die Unterscheidung von Person und Sache. Es geht ihr um den Erhalt und die Stärkung errungener Freiheiten des Individuums im Rahmen von Rechtsstaat und Demokratie. Diese Freiheiten bestehen nicht voraussetzungslos. Vom Staat ist die politische Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns zu erwarten